

Niederschrift
der 01. Sitzung des Stadtkleingartenausschusses

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 21.02.2024
Beginn: 16:00 Uhr
Ende 17:02 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Detlef Lindner

stellv. Vorsitzende/r

Frau Kathrin Ruhnke

Herr Thomas Melms

Mitglieder

Herr Ralf Brüssow

Herr Dirk Döring

Frau Sandra Graf

Herr Nico Meyer

Frau Gabriele Szelwis

Herr Dr. Arnold von Bosse

bis 16:56 Uhr

Vertreter

Herr Christian Binder

Vertretung für Herrn Thoralf Pieper

Protokollführer

Herr Steffen Behrendt

von der Verwaltung

Herr Andre Kobsch

Gäste

Frau Dr. Heike Carstensen

Herr Dirk Arendt

Herr Jörg Diedrichsen

Frau Olga Fot

Tagesordnung:

- 1** Bestätigung der Tagesordnung
- 2** Bestätigung der Niederschrift der 03. Sitzung des Stadtkleingartenausschusses vom 08.11.2023
- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen - keine
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1** Jahresplanung des Kreisverbandes der Gartenfreunde Stralsund e.V.
- 4.2** Pressearbeit
- 4.3** Konzept KGV "Am Bodden" e.V.
- 5** Verschiedenes
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von derzeit 11 Mitgliedern des Stadtkleingartenausschusses sind 10 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Lindner, geleitet.

Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

Einleitend verpflichtet Herr Lindner als Ausschussvorsitzender Herrn Nico Meyer gem. § 28 Abs. 3 KV M-V per Handschlag zur gewissenhaften Erfüllung seiner Pflichten.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird ohne Änderungen / Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 10 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 03. Sitzung des Stadtkleingartenausschusses vom 08.11.2023

Auf Antrag von Herrn Döring wird ein Absatz des TOP 4.1 wie folgt geändert:

bisher:

Herr Döring gibt den Hinweis, dass gegen den Kleingartenverein „Frohes Schaffen“ e.V. strafrechtliche Maßnahmen ergriffen wurden.

neu:

Herr Döring gibt den Hinweis, dass gegen ein Mitglied des Kleingartenvereins „Frohes Schaffen“ e.V. strafrechtliche Maßnahmen ergriffen wurden.

Die Niederschrift der 03. Sitzung des Stadtkleingartenausschusses vom 08.11.2023 wird mit der genannten Änderung bestätigt.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 3 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen - keine

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Jahresplanung des Kreisverbandes der Gartenfreunde Stralsund e.V.

Herr Döring gibt den Arbeitsplan 2024 des Kreisverbandes der Gartenfreunde Stralsund e.V. zur Kenntnis und geht näher darauf ein. Dieser wird als Anlage zu Protokoll genommen.

Herr Lindner informiert, dass durch den Kreisverband die Begehungsliste 2024 übergeben wurde. Auch diese wird als Anlage zu Protokoll genommen. Er weist darauf hin, dass Teilnahmen an Begehungen im Vorfeld beim Kreisverband anzumelden sind.

Herr Lindner teilt zudem mit, dass durch den Kreisverband ein Informationsblatt zum Verbrennen der Gartenabfälle zur Verfügung gestellt wurde. Dieses wird ebenso als Anlage zu Protokoll genommen.

Es gibt keine Fragen.

zu 4.2 Pressearbeit

Herr Lindner führt in die Thematik ein. Er verweist auf die Aufgaben des Stadtkleingartenausschusses. Auf vereinsinterne Probleme kann der Stadtkleingartenausschuss keinen Einfluss nehmen.

Herr Lindner appelliert mit Nachdruck an die Mitglieder des Ausschusses zur Wahrung der Verschwiegenheitspflicht gem. § 23 Abs. 6 KV M-V. Nichtöffentliche Angelegenheiten dürfen nicht nach außen getragen werden.

Bei Problemen sollte vielmehr das persönliche Gespräch gesucht werden.

Herr Döring geht auf Aussagen eines Bürgerschaftsmitglieds gegenüber der Presse ein, die in seinen Augen verleumderischen Charakter haben.

Herr Lindner wiederholt, dass dies keine Angelegenheit des Ausschusses sei. Die Aufgaben sind klar formuliert. Die im bestehenden Konflikt herrschenden Positionen seien vorgetragen worden. Aus seiner Sicht sei die Thematik beendet.

Herr Döring äußert seinen Unmut über das Agieren der Presse und eines Mitglieds der Bürgerschaft in seinem konkreten Fall.

Herr Lindner verweist auf die Pressefreiheit. Der Ausschuss könne darauf keinen Einfluss nehmen. In dem Zusammenhang stellt der Ausschussvorsitzende fest, dass seitens der Presse zu den Ausschusssitzungen der Bürgerschaft kaum Präsenz gezeigt werde. Dies sei in der Vergangenheit anders gewesen.

Herr Lindner empfiehlt Herrn Döring, bei bestehenden Konflikten bzw.

Auseinandersetzungen den direkten Kontakt zu den jeweiligen Fraktionen der Bürgerschaft zu suchen.

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass kein weiterer Redebedarf besteht und beendet den Tagesordnungspunkt.

zu 4.3 Konzept KGV "Am Bodden" e.V.

Herr Lindner geht auf die Thematik Küstenabbrüche insbesondere am KGV „Am Bodden“ e.V. ein. Dahingehend gab es Gespräche der Beteiligten mit der Verwaltung. Zudem sei die Angelegenheit in der Bürgerschaft thematisiert worden. Seitens der Verwaltung wurde zugesichert, dass eine Machbarkeitsstudie erarbeitet und vorgelegt werde. Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass bislang keine Ergebnisse vorliegen und er erkundigt sich nach dem Sachstand.

Herr Kobsch führt zu einer Stellungnahme der Bauaufsicht aus, dass für eine Aktualisierung des Gutachtens aus 2011 für die Kliffkante eine neue Vermessung beauftragt worden sei. Nach der Sturmflut, die Abbrüche des Kliffs bzw. Auskolkungen des Klifffußes hervorrief, sei die Vermessung nochmals aktualisiert worden. Die auch bereits 2023 beauftragte Firma Baugrund Stralsund sei derzeit an der Bearbeitung der Aktualisierung des damaligen Gutachtens. Nach derzeitiger Einschätzung werde das Gutachten Ende Februar, spätestens aber im März 2024 fertiggestellt sein.

Die Bauaufsicht beabsichtige anschließend zeitnah, im Rahmen eines gemeinsamen Termins mit der Abteilung Liegenschaften, dem Vorstand des KGV „Am Bodden“ e.V. und der Baugrund Stralsund GmbH, eine Vorstellung des Gutachtens und der daraus resultierenden, erforderlichen Maßnahmen zur Gefahrenabwehr.

Herr Brüssow als Vorsitzender des KGV „Am Bodden“ e.V. zeigt sich mit den Ausführungen nicht zufrieden. Diese seien nicht hinnehmbar. Er erwartet von der Hansestadt Stralsund, dass Maßnahme getroffen werden, z.B. Setzen von Buhnen.

Er geht detailliert auf den Abriss von Treppen, Bootsschuppen sowie Fundamenten und Rohren ein. Diese hätten dem Hang eigentlich Stabilität gegeben.

Von Pflanzungen im Zuge einer Renaturierungsmaßnahme sei nichts zu erkennen.

Herr Brüssow kritisiert, dass 96 gesunde Bäume gefällt wurden.

Auf Nachfrage von Herrn Lindner konkretisiert Herr Brüssow, dass es im Jahr 2010 eine Ausschreibung der Hansestadt Stralsund zu Renaturierungsmaßnahmen als Kompensation für das Strandbad gegeben habe. Die Ausführungen seien im Zeitraum 2010/2011 erfolgt. Herr Brüssow bezweifelt den Sinn der Maßnahme und kritisiert die Art der Durchführung.

Herr Kobsch gibt die Ausführungen von Herrn Bogusch zur Thematik wieder:

Die Kliffkante sei ein aktives Kliff. Jahrzehntlang hätten kontinuierlich Abbrüche an der Kliffkante stattgefunden. Diese Abbrüche entstehen durch Abtragung bei Wellenschlag, aber häufig auch bei stark mit Wasser gesättigten Böden an der Kliffkante. Dies war z.B. ursächlich für die Abbrüche bei den Kreidefelsen auf Rügen.

Sämtliche Regenwasserableitungen, die per Leitung gebündelt über die Kliffkante abgeleitet werden und somit zur Ausspülung beitragen, kamen von der Gartensparte (Entwässerung der angrenzenden Lauben und Regenwasserleitung vom Hauptweg in das Kliff). Die im Kliff endenden Leitungen wurden seinerzeit durch die REWA benebelt, die meisten Leitungen waren dicht. Nur an einer Stelle konnte eine Verbindung zum Hauptweg der Sparte nachgewiesen werden. Die von dem Kleigartenverein behauptete Entwässerung von der Straße Am Bodden in das Kliff konnte nicht nachgewiesen werden.

Zudem sind Bootsschuppen, Treppenanlagen etc. keine geeigneten Mittel zum Küstenschutz. Es habe auch vor dem Abriss große Küstenabbrüche gegeben, kurz vor Beginn der Abbrucharbeiten sei z.B. ein großer weit verwurzelter Baum komplett abgerutscht. Die besondere Problemlage entsteht vielmehr dadurch, dass der Abbruch mittlerweile soweit fortgeschritten ist, dass die Lauben bedroht sind und hätte auch ohne Abbruch der Schuppen und Treppenabgänge bestanden.

Alle Bootsschuppen und Treppenanlagen waren ohne Genehmigung auf dem Grundstück der Hansestadt Stralsund errichtet worden. Die Stadt hätte den Rückbau durch die Eigentümer verfügen müssen.

Die genannte Beseitigung erfolgte im Zuge der Arbeiten am Strandbad. Für die Strandaufspülung im Strandbad entstand eine Kompensationspflicht. Die Kompensation musste im Küstenbereich erfolgen, es konnten also nicht an anderer Stelle einfach Bäume gepflanzt werden. Der Abbruch der Schuppen und Treppenabgänge war die einzige Kompensationsmaßnahme, die vorhanden und innerhalb der vorgegebenen Zeit umsetzbar gewesen ist. Ohne die Ausgleichsmaßnahme hätte die Maßnahme Strandbad nicht umgesetzt werden können.

Zuständig für den Küstenschutz sei das StALU. Der Küstenschutz erfolgt allerdings nur bei dahinterliegender Wohnbebauung, Kleingärten zählen nicht dazu.

Es wurde eine Untersuchung beauftragt, ob und welche Maßnahmen zum Küstenschutz zulässig sind. Die Ergebnisse liegen leider immer noch nicht vor. Gemäß Telefonat mit der Fa. Umweltplan werden die Ergebnisse Ende März 2024 übergeben.

Für Herrn Dr. von Bosse erscheint der Abriss von Treppenaufgängen und Bootsschuppen als Kompensation nicht nachvollziehbar. Er erfragt, warum in dem Zusammenhang 96 Bäume gefällt wurden.

Da seitens der Verwaltung keine konkrete Aussage getroffen werden kann, bietet Herr Dr. von Bosse an, über seine Fraktion die Frage im Zuge einer kleinen Anfrage beantworten zu lassen.

Für Herrn Brüssow sei es zudem unverständlich, dass Fördermittel des Bundes zum Küstenschutz nicht abgerufen werden. Er kritisiert das ausbleibende Handeln der Hansestadt Stralsund in dem Punkt.

Herr Kobsch verweist dahingehend auf die Zuständigkeit des StALU und die fehlende Möglichkeit der Einflussnahme durch die Hansestadt Stralsund.

Herr Lindner erkundigt sich, ob der Verein im Vorfeld der Maßnahmen im Jahr 2010 beteiligt wurde. Nach seiner Kenntnis sei es üblich, dass es zunächst Aufforderungen zum Rückbau gebe.

Herr Brüssow berichtet, dass es seinerzeit ein Schreiben der Hansestadt Stralsund gab. Es wurde darauf hingewiesen, dass nur die Bauten, die der Sicherung des Hangs dienen, verbleiben. Daher sei es für ihn weiterhin nicht nachvollziehbar, dass die Fundamente entfernt wurden, die aus seiner Sicht die Standsicherheit gewährleisten haben.

Herr Lindner stellt fest, dass es sich um eine komplexe Angelegenheit handle und bittet um Vorschläge zum weiteren Umgang mit der Thematik.

Herr Brüssow schlägt vor, die Thematik zur nächsten Sitzung erneut zu beraten. Er werde dahingehend auch Bildmaterial vorbereitend zur Verfügung stellen.

Herr Dr. von Bosse regt an, einen Vertreter des StALU einzuladen. Darüber hinaus weist er auf das Recht der Anfrage an das StALU nach Informationsfreiheitsgesetz hin.

Herr Kobsch bietet ein klärendes Gespräch zwischen ihm, Herrn Bogusch und Verantwortlichen des betroffenen Kleingartenvereins an.

Herr Lindner stellt klar, dass der Ausschuss ebenfalls an den sachlichen Zusammenhängen interessiert ist. Bislang liegen keine Ergebnisse vor. Es sei Aufgabe des Stadtkleingartenausschusses, die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Aus seiner Sicht sollte eine zusätzliche Sitzung des Ausschusses ausschließlich zu dieser Thematik stattfinden.

Herr Dr. von Bosse begrüßt den Vorschlag einer zusätzlichen Sitzung. Gleichwohl sollten alle bislang vorgetragenen Anregungen bzw. Vorschläge aufgegriffen werden.

Herr Lindner stellt die Durchführung einer zusätzlichen Sitzung zur Thematik unter Hinzuziehung von Vertretern der Verwaltung sowie des StALU zur Abstimmung:

Abstimmung: Einstimmig zugestimmt

Ein geeigneter Termin zur Durchführung der Sitzung wird zwischen dem Ausschussvorsitzenden und der Geschäftsführung des Ausschusses abgestimmt. Die Mitglieder des Ausschusses werden nachfolgend entsprechend in Kenntnis gesetzt. Vorbereitend ist durch Herrn Brüssow der Geschäftsführung des Ausschusses Bildmaterial zur Verfügung zu stellen.

Herr Lindner beendet den Tagesordnungspunkt.

zu 5 Verschiedenes

Frau Graf merkt an, dass die Tore in den Vereinen verschlossen sind und erkundigt sich nach Regelungen/Lösungsansätzen im Falle eines erforderlichen Rettungseinsatzes durch den Notarzt.

Für den KGV „Frohes Schaffen“ e.V. teilt Herr Döring mit, dass ein Schlüssel zu der Schrankenanlage an die Feuerwehr übergeben wurde. Grundsätzlich sei es jedoch jedem Verein selbst überlassen, wie er mit der Thematik verfare.

Herr Kobsch entgegnet, dass die Krankenwagen von unterschiedlichen Dienstleistern eingesetzt werden. Daher sei es keine abschließende Lösung, dass der Schlüssel bei der Feuerwehr hinterlegt wird.

Herr Lindner berichtet, dass es lange Röhren gibt, die oftmals an öffentlichen Gebäuden verbaut sind. Dafür haben die Rettungsdienste einen Generalschlüssel.

Herr Meyer geht auf die zunehmende Ablagerung von Müll an Kleingartenanlagen ein.

Herr Lindner verweist auf die Zuständigkeit der jeweiligen Kleingartenvereine. Er regt im Bedarfsfall an, die Mängel-App zu nutzen. Durch die Hansestadt Stralsund werden nachfolgend entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Den Kreisverband sehe er dahingehend nicht in der Pflicht.

Herr Brüssow teilt mit, dass der Kreisverband bei Bekanntwerden von Problemen ggf. an die Verantwortlichen der einzelnen Vereine herantritt.

Herr Döring erkundigt sich nach Abstandsregelungen von Windrädern zu Kleingartenvereinen und Wohngebieten.

Herr Kobsch stellt fest, dass sich die Frage auf eine Windkraftanlage westlich des KGV „Frohes Schaffen“ e.V. beziehe, konkret handele es sich um ein Repowering. Die planungsrechtliche Zuständigkeit liege nicht bei der Hansestadt Stralsund. Gleichwohl bietet er an, die Abstandsflächen bei der Genehmigungsbehörde zu erfragen.

Der Ausschussvorsitzende beendet den Tagesordnungspunkt und verabschiedet die Öffentlichkeit.

zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Herr Lindner stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung eine Angelegenheit, die einen einzelnen Kleingartenverein betrifft, besprochen wurde.

Der Ausschussvorsitzende dankt für die Mitarbeit und beendet die 01. Sitzung des Stadtkleingartenausschusses.

gez. Detlef Lindner
Vorsitzender

gez. Steffen Behrendt
Protokollführung